



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Reden und Aufsätze

Göring, Hermann

München, 1941

Nationalsozialistische Staatsgestaltung. Rede in der Arbeitstagung des
Preußischen Staatsrates in Potsdam am 18. Juni 1934

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79288](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79288)

Nationalsozialistische Staatsgestaltung

Rede in der Arbeitstagung des Preussischen Staatsrates in
Potsdam am 18. Juni 1934

„Preußens Aufgabe besteht darin, Vorkämpfer und Baustein
des Dritten Reiches zu sein. Von der Machtergreifung an hat
Preußen sich als Schrittmacher des Dritten Reiches bewährt.“

Meine Herren Staatsräte! Nach längerer Pause tritt der Staatsrat heute wieder zusammen, um insonderheit über den preussischen Haushaltsplan unterrichtet zu werden. Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen der Arbeitsweise, in welcher bisher der Haushaltsplan verabschiedet worden ist, und der neuen Methode, bei der jetzt autoritär und nach dem Führerprinzip auch hier in diesen Dingen vorangegangen wird. Wenn auch heute dieser Etat nicht mehr in dem Sinne parlamentarischen Gebrauchs zu verabschieden ist, so ist es doch von Wichtigkeit und notwendig, daß gerade die Herren, die berufen sind, innerhalb des Staatsrates die engere Verbindung zwischen Staat und Volk darzustellen, über den Haushaltsplan unterrichtet werden, um Einblick in die Finanzgebarung zu bekommen. Sie sollen sich überzeugen, wie die Mittel verwendet werden, sie sollen wissen, welche große und gewaltige Aufgabe auch heute noch die Staatsregierung zu erfüllen hat, und des weiteren Anregungen geben, die mit dem Haushaltsplan zusammenhängen.

Inhaltlich zeigt dieser Etat ein umfassendes Bild der vollständigen Arbeit der Staatsregierung. Die allgemeinen Erläuterungen zu diesem Etat wird später der Finanzminister selbst geben. Ich möchte mich auf die Feststellung beschränken, daß Zwang zur äußersten Sparsamkeit mit dem Erfordernis, für die wichtigsten Bedürfnisse gleichwohl ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, in Einklang gebracht worden ist. Wenn wir heute von äußerster Sparsamkeit sprechen, dann müssen wir auch hierbei neue Stellungen vor Augen haben gegenüber denen, die einst Sitte waren.

Die Sparsamkeit darf nicht wie früher sich in stumpfsinnigen, schematischen Abstrichen erschöpfen, durch die mehr zerstört als geschaffen wird. Es kommt darauf an, daß die verfügbaren Mittel in die politisch wichtigsten Kanäle geleitet werden, damit mit wenigem richtig gewirtschaftet und viel erreicht wird.

Daß der Etat ausgeglichen ist, ist nicht eine Selbstverständlichkeit, nachdem wir nach dem Zusammenbruch ein derartiges Erbe angetreten hatten. Wenn also der Etat ausgeglichen ist, wenn gerade jetzt Mittel bereitgestellt worden sind, die auch über das rein Materielle hinaus die Grundlage für die geistige und materielle Entwicklung sicherstellen, so ist das ein besonderes Verdienst des Finanzministers Professor Dr. Popitz. Hier lagen außerordentlich große Schwierigkeiten vor, die zu überwinden fast unmöglich schien. Daran, daß der Etat ferner zu Beginn des Rechnungsjahres fertiggestellt worden ist, mögen Sie weiter erkennen, daß die Grundlage für eine ordnungsmäßige Führung der Staatsverwaltung rechtzeitig geschaffen worden ist. Auch das ist ein Verdienst, denn wir waren gewohnt, in früheren Jahren oft lange Monate zu warten.

Die heutige staatspolitische Lage gestattet es nicht mehr, preußische Angelegenheiten, auch wenn sie so bedeutsam sind wie der preußische Etat, allein unter preußischem Gesichtspunkt zu betrachten. Seitdem nach der nationalsozialistischen Revolution die Reichsreform in Fluß gekommen ist, können vielmehr die Arbeit der preußischen Staatsregierung und die Weiterentwicklung des preußischen Staatswesens nur noch im Hinblick auf die großen Aufgaben richtig verstanden werden, die Preußen im neuen Reich zu erfüllen hat. Diese Aufgabe besteht darin, Vorkämpfer und Baustein des Dritten Reiches zu sein. Von der Machtergreifung an hat Preußen sich als Schrittmacher des Dritten Reiches bewährt.

Man muß dabei nämlich immer bedenken, daß Preußen über drei Fünftel des Reichsgebietes umfaßt. Daher ist die gesamte, schon in der ersten Revolutionszeit geleistete Arbeit für die große Aufgabe der Schaffung des Dritten Reiches von grundlegender Wichtigkeit gewesen. Denn die Art, wie in drei Fünftel des Reiches gearbeitet und neugestaltet wurde, mußte selbstverständlich schon wegen des Schwergewichtes der preußischen Ländermassen Wirkungen auch auf die übrigen Länder ausüben.

Ich brauche nur die Überwindung des Kommunismus und des Marxismus in Preußen kurz zu erwähnen. Das Schwergewicht dieses Kampfes lag durchaus in Preußen. Vergessen wir nicht, daß während der Systemzeit die preußische Staatsregierung immer eine Hochburg nicht nur der Demokratie, sondern darüber hinaus der Sozialdemokratie und zum Schluß auch des Kommunismus gewesen ist. Von ausschlaggebender Bedeutung war deshalb die Reorganisation der Polizei.

Es war uns von der ersten Stunde an klar, daß die Erneuerung und Reorganisation der Polizei für die Erneuerung des Staatsaufbaues in Preußen schlechthin grundlegend war. Das lag daran, weil das Instrument der Polizei von der vergangenen Regierung systematisch verseucht worden war. In dem vergangenen System war die Polizei geradezu für die regierenden Herren die Grundlage, sich entgegen dem Volkswillen noch jahrelang am Ruder zu halten.

Die Polizei war die Domäne des Parteibuchbeamtentums. Wollte nun der neue Staat aus dieser Polizei jenes Instrument schaffen, das zum Schutz und zur Sicherheit des Staates bestimmt war, so mußte er selbstverständlich eine gewaltige Umgliederung vornehmen.

Auch die Schaffung der Geheimen Staatspolizei war eine Notwendigkeit. Welche Bedeutung der neue Staat diesem neuen Instrument der Staatsicherheit zuweist, mögen Sie

daran erkennen, daß der Ministerpräsident sich selbst diesen Verwaltungszweig unterstellt hat, weil gerade die Beobachtung sämtlicher Strömungen, die gegen den neuen Staat gerichtet sind, von fundamentaler Bedeutung ist.

Eine weitere Aufgabe, die auch weit über Preußen hinaus in das Reich hineinstrahlt, war die Schaffung der ersten Grundlagen für die Erneuerung des kulturellen Lebens.

Hier war der Umbruch vielleicht am stärksten sichtbar. Nichts unterschied den neuen nationalsozialistischen Staat so sehr von dem bisherigen System, wie gerade seine Anschauungen und Auffassungen auf kulturellem Gebiete. Die Zersetzung, die gerade auf kulturellem Gebiete um sich gegriffen hatte, beschränkte sich nicht mehr auf die rein äußerlichen Erscheinungen des kulturellen Lebens, sie hatte in ihrer Fäulnis leider schon auf das völkische Bewußtsein Deutschlands übergegriffen, sie hatte bereits die deutsche Seele grundsätzlich zerstört. Die Schaffung neuer und fester Grundlagen war notwendig. Hier mußte tatsächlich Stein für Stein herbeigetragen werden. Das preußische Kultusministerium hat in dieser Richtung gewaltige und umfangreiche Arbeit geleistet.

Auch die preußischen Staatstheater werden in Kürze wieder die ersten Theater Deutschlands sein und sich mit den besten Bühnen der Welt messen können, weil hier der nationalsozialistische Geist vom ersten Tage an gewaltet hat.

Eine weitere besonders wichtige Voraussetzung für den Neubau des Reiches liegt in der Erreichung und Sicherung einer nationalsozialistischen Rechtspflege. Auch hier sind gewaltige Abgründe zwischen uns und der demokratischen Auffassung vom Rechtsbewußtsein zu verzeichnen.

Das Recht soll nicht nach stumpfsinnigen Paragraphen blutfremd und artfremd gesprochen werden, sondern hier ist die lebendigste Verbindung zwischen der Rechtsprechung und dem Volke, und dem Blute, in dem das Volk geboren ist, herzustellen. Wir müssen wieder zu einem deutschen Recht kom-

men, zu einem Rechtsbewußtsein, das jeder einzelne Deutsche in seiner Brust trägt.

Hier ist uns eine gewaltige Aufgabe gestellt, und nur ein bescheidener Anfang ist bisher erreicht. Daß er aber erreicht wurde, daß diese Plattform, von der aus nun die Pfeiler eines neuen Rechtsbaues errichtet werden können, geschaffen wurde, ist ebenfalls ein Verdienst der preußischen Staatsregierung, insbesondere des preußischen Justizministeriums.

Ein Eckstein in dem Aufbau des neuen Rechtsbewußtseins ist das Erbhofgesetz, das wie kein anderes Gesetz zum erstenmal wieder bewiesen hat, daß die Auffassung des Staates dem lebendigen Rechtsbewußtsein des Volkes angeglichen worden ist, und das als Vorläufer der reichsrechtlichen Regelung die preußische Tätigkeit auf dem Gebiete der Reichsreform zeigt. Zugleich stellt dieses Gesetz ein gewaltiges Werk zur Sicherung des Bauerntums dar.

Neben den eben erwähnten Leistungen mögen andere Dinge, mit denen die Staatsregierung sich beschäftigt hat, vielleicht nebensächlich erscheinen, denn die Staatsmaschine ist ein gewaltiges Triebwerk, in dem nicht nur die großen Räder schwingen dürfen, sondern auch die kleinen Übertragungen funktionieren müssen, wenn das Werk des Aufbaus gelingen soll. Ich greife hier nur eins heraus. Die Ausgestaltung einer den Bedürfnissen des Volkes angepassten Forstverwaltung. Ich erwähne diesen Punkt nicht, weil ich leidenschaftlich hieran hänge und die Neuordnung gestaltet habe, sondern weil diese über die rein forstliche Bedeutung hinaus auf lange Sicht von erheblichem volkswirtschaftlichem Nutzen sein wird. Alle diese Maßnahmen haben bewußt und mit Nachdruck dem Dritten Reich vorgearbeitet, und für die Arbeit der Reichsregierung sind die preußischen Gesetze oft Muster gewesen.

In letzter Zeit war es mir vergönnt, noch andere wichtige Verbindungen zwischen dem Reich und Preußen herzustellen, und zwar solche organischer Art. Ich glaube sagen zu können,

daß wir durch nichts die Reichsreform so lebendig vorgetragen haben, wie gerade durch diese Maßnahme.

Nachdem der Führer auf dem Reichsparteitag in Nürnberg einwandfrei seinen Willen kundgetan hat, daß endlich der tausendjährige Wunsch der deutschen Nation, zur Einheit zu gelangen, Wahrheit werden soll, ist es auch für Preußen Pflicht, alles daranzusetzen und zu tun, um diesem Willen des Führers zum Durchbruch zu verhelfen. Ich habe geglaubt, daß nichts so sehr diese Arbeit fördern könne, als die neue, feste, organische Verbindung zwischen dem Reich und Preußen.

So ist jetzt fast auf allen Gebieten die Einheit hergestellt. Mit Ausnahme des Finanzministeriums sind sämtliche preußischen Ministerien mit Reichsministern besetzt. Aber auch der preußische Finanzminister gehört dem Reichskabinett an. Wenn im Finanzressort noch keine Vereinigung stattgefunden hat, so deshalb, weil der Kanzler und wir zu der Erkenntnis gekommen sind, daß hier eine Verbindung zur Zeit nicht zweckmäßig ist, da kein Gebiet so schwierig, so umfangreich und so zukunfts schwer ist wie gerade die Finanzgebarung. Auch deshalb, weil wir noch nicht wissen, welche Wege das Reich auf dem Gebiete des Finanzwesens weisen wird. Neuerdings ist zwischen den Wirtschaftsressorts des Reiches und Preußens eine weitere Verbindung über die dort bereits bestehende Personalunion hinaus geschaffen worden, indem beide Ressorts in einem Hause zusammengelegt worden sind.

In dieser Vereinigung der beiden Wirtschaftsressorts in einem Hause unter einheitlicher Führung liegt die Möglichkeit für eine nachdrückliche Lenkung der deutschen Wirtschaft.

Von hoher Bedeutung ist ferner die Personalunion, die zwischen dem Reichsunterrichts- und dem preußischen Kultusministerium neu geschaffen wurde. Gerade hier bestand eine gewaltige Lücke darin, daß im Reich für die Dinge der Kultur und der Wissenschaft kein eigenes Fachressort vorhanden war. In diesem neuen Reichsministerium sind alle die

Dinge zusammengefaßt, die mit dem Unterricht, mit der Wissenschaft, mit der Entwicklung des Menschen zu seinen späteren Aufgaben zusammenhängen. Die Fragen der reinen Kunst, die Museen und Theater, die nicht unmittelbar in das Gebiet der Wissenschaft reichen, sind im Reich dem Propagandaministerium zugeteilt worden. In Preußen sind sie noch im Kultusministerium vereinigt. Ich bin auch heute schon dabei, Möglichkeiten zu schaffen, damit auch in Preußen Kunstfragen in Zukunft von dem Reichsminister verwaltet werden, der hierfür im Reich federführend ist.

Vor wenigen Tagen ist weiter die preußische Justizverwaltung mit der Reichsjustizverwaltung in der Spitze verbunden worden. Auch hier sehen Sie die Entwicklung wieder denselben Weg gehen. Es bestand die Gefahr, daß das Reichsjustizministerium, das doch in der Gesetzgebung federführend ist und die Gestaltung des neuen Strafgesetzbuches zu betreiben hat, in dem, was es bereits übernommen hatte, verwucherte. Aus diesem Grunde mußte das Reichsjustizministerium in enge Verbindung mit dem größten Justizapparat der Länder gebracht werden. Ich bin glücklich, daß der Führer auch hier meinem Vorschlage gefolgt ist.

Es war für mich allerdings bitter-schwer, mich von meinem bisherigen Justizminister trennen zu müssen, zumal Sie alle wissen, wie gerade auf dem Gebiete des Rechtsschaffens und der Rechtspflege eine starke nationalsozialistische Persönlichkeit sich auswirken kann. Trotzdem habe ich mich im Hinblick auf das große Zukunftsziel, der Gestaltung des Einheitsreiches, entschließen müssen, zusammen mit dem Führer meine Bedenken zurückzustellen, um zunächst einmal als wichtigste Aufgabe die Einheit der Justizverwaltung herzustellen.

Ich möchte aber die Besprechung dieser staatspolitischen Verbindung nicht vorübergehen lassen, ohne dem Justizminister Kerrel von ganzem Herzen zu danken für das gewaltige Werk, das er geschaffen hat.

Er hat bereits die wichtigsten Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die weitere Entwicklung der Justiz in einer klaren nationalsozialistischen Linie gehen muß. Ich konnte mich zu der getroffenen Lösung um so eher entschließen, weil der Führer in dem Reichsjustizminister die Persönlichkeit erkannt hat, die die Gewähr dafür bietet, daß auch in Zukunft die gleiche Linie der Rechtserneuerung eingehalten wird, und die sich mit uns allen der Tatsache bewußt ist, daß der richtige Ausgleich zwischen der Autorität des Staates und der Autorität der Bewegung gefunden werden muß. Ich begrüße es von Herzen, daß mir der Führer erlaubt hat, daß Minister Kerrl auch weiterhin als preußischer Staatsminister im Kabinett bleibt, um mit seiner wertvollen Arbeitskraft für Sonderaufgaben zur Verfügung zu stehen.

All die staatspolitischen Verbindungen, über die ich soeben sprach, waren zwar von entscheidender Wichtigkeit, sie treten aber gegenüber jener Verbindung zurück, die in meinen Augen und auch in den Augen des Führers und des Reichsinnenministers überhaupt die Voraussetzung für die Durchführung der Reichsreform gewesen ist, gegenüber der Verbindung des Reichsinnenministeriums mit dem preußischen Innenministerium, die unter einer Spitze, unter dem alten Recken unserer Bewegung, Reichsminister Frick, vereinigt wurden. Das Reichsinnenministerium ist für die künftige Verfassung verantwortlich, es ist das Beamtenministerium des Reiches und hat gleichzeitig die große und gewaltige Aufgabe, die Reichsreform vorzubereiten. Wie wäre es denkbar, daß das Reichsinnenministerium eine Aufgabe erfüllen könnte, wenn es keinerlei Unterbau hätte, wenn es nirgends in lebendiger Verbindung mit der Verwaltung und mit all den Bedürfnissen der Bevölkerung stünde.

Ich habe mich nur schwer von diesem Ressort getrennt, denn es war gerade das preußische Innenministerium, in dem ich in den eineinhalb Jahren der Vergangenheit grundlegende

Arbeit leisten konnte. Wenn ich mich von diesem Ministerium getrennt habe, so geschah es deshalb, weil diese Vereinigung die unbedingte Voraussetzung für die Durchführung der Reichsreform ist, weil ich wußte, daß es nach mir ein alter bewährter Kämpfer übernimmt und weil ich als preußischer Ministerpräsident nach wie vor die letzte Verantwortung für sämtliche preußische Ressorts zu tragen habe.

Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, um hier einwandfrei festzustellen, daß dieser Gedanke der Überlassung des preußischen Innenministeriums an den Reichsminister nicht bei mir angeregt worden ist, sondern von mir selbst stammt und mein ureigenster Gedanke ist.

Ich bin glücklich, daß nunmehr diese Einheit hergestellt und damit die Voraussetzung geschaffen ist, daß die künftige Reichsreform nicht am grünen Tische gemacht wird, sondern in lebendiger Verbindung mit der Bevölkerung, und daß die tausend Anregungen, Wünsche und Sorgen der Bevölkerung im Reichsminister Frick einen getreuen Sachwalter gefunden haben. Für die Herren Staatsräte wird aber nicht nur von Interesse sein, was Preußen bisher für die Erneuerung des Reiches geleistet hat, sondern Sie werden einmal etwas über die künftige Entwicklung des Landes Preußen erfahren wollen.

Klar tritt in Erscheinung, daß der alte preußische Staatsbegriff im Reich aufgegangen ist, d. h. daß Preußen nicht mehr wie einst als souveräner Staat Aufgaben zu erfüllen hat. Übriggeblieben ist die ewige Ethik des Preußentums. Schon längst hat sich der Begriff „Preußen“ über den territorialen, den materiellen Staatsbegriff hinaus fast in das Mystische hineingeschoben. Dieser ethische Begriff „Preußen“ ist nicht mehr an Grenzen gebunden.

Wo in anderen Ländern Staatstugenden, wie Tapferkeit, Mut, Staatsklugheit, vor allem aber Staatsdisziplin gerühmt werden, wo man von einem sauberen und intakten Beamtentum spricht, dort nennt man das schlechtthin Preußentum.

Preußen ist dafür bekannt, daß es vielleicht weniger Künstler hervorgebracht hat, aber es hat dem Deutschen Reiche die Staatsmänner geschenkt, die die Voraussetzung geschaffen haben, daß ein Adolf Hitler endlich die Sehnsucht des deutschen Menschen erfüllen konnte. Es ist ein wunderbares Spiel des Schicksals, daß, nachdem bisher die Voraussetzungen vom Norden Deutschlands bestimmt wurden, als Preußen die gewaltige Klammer von Ost nach West bildete, nun zur letzten Vollendung ein Mann aus dem Süden Deutschlands kam, der als oberster Führer das neue Deutschland so schafft, wie es uns in tausendjähriger Sehnsucht vorschwebte. Trotzdem kenne ich in dem höheren Sinne, der nicht landgebunden ist, sondern im Ethischen wurzelt, keinen echteren Preußen als den Führer. Die Stärke seines Charakters, seine Klugheit als Staatsmann, sein persönlicher Mut, seine Bescheidenheit — all das weist auf die Tugenden hin, durch die einst der preußische Beamte und höher noch der preußische Soldat Deutschland gestaltet haben. Diesen ethischen Begriff bringen wir als kostbarste Morgengabe in das neue Reich ein. Das ist — auch der Führer hat das oft ausgesprochen — letzten Endes das Wunderbarste und Wertvollste, was Preußen zu geben hat. Damit erfüllt Preußen seine letzte Aufgabe. Jetzt tritt das neue Reich, das Dritte Reich, nicht mehr das Reich der Preußen, Bayern, Württemberger, sondern das neue Reich der Deutschen, an die Stelle des alten, und Preußen übergibt glücklich seine Tradition und seine Mission in diese Hände.

Wenn wir uns aber auch mit aller Entschiedenheit zur Reichsreform bekennen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß Preußen vorläufig noch als wichtige Verwaltungs- und Finanzeinheit vorhanden ist.

Wenn einzelne Stellen stürmisch drängen, dann weist Adolf Hitler immer wieder auf die Entwicklung in den anderen Ländern hin und mahnt zur Geduld. Es wird bei genauer Betrachtung auch festzustellen sein, daß die Frage der Reichsreform

zuwörderst eine preußische Frage ist. Die anderen Länder haben mehr oder weniger bereits den Umfang und die Grenzen eines künftigen Reichsgaues. Das große Preußen aber muß in eine Zahl von Gauen aufgelöst werden.

Damit ist selbstverständlich auch schon die Grundlage für die Reform gegeben. Hieraus entstand die Notwendigkeit, die Einheit Reich und Preußen im Reichskabinett und im preußischen Kabinett herzustellen, die durch Übernahme einiger Ressorts durch Reichsminister ihren Ausdruck fand. In den anderen Ländern sind nicht dieselben Notwendigkeiten vorhanden und nicht dieselben Voraussetzungen zu schaffen.

Mag dieses Land einiges Gebiet abgeben oder hinzubekommen, mag Bayern in einen Gau oder in zwei oder in drei gegliedert werden, es ist nicht so, daß es wie Preußen in eine große Zahl von Reichsgauen aufgelöst werden muß. Das hat der Führer klar und eindeutig betont, und deshalb hat er mir die Aufgabe gestellt, innerhalb eines Jahrzehnts die Angleichung der preußischen Ministerien an die des Reiches durchzuführen und Preußen in die Reichsgaue aufzuteilen, die von ihm selber bestimmt werden.

In diesem Jahrzehnt, das der Führer vorgesehen hat, oder in dieser Zeit, die, wie er jetzt gelegentlich sagte, noch länger dauern könnte als ein Jahrzehnt! — wir wollen hoffen, daß es schneller erreicht werden kann —, ist nun Preußen vorhanden, es bleibt ein Staatsbegriff und muß verwaltet werden. Deshalb ist es auch notwendig, daß Ihre Arbeit nicht erlahmt, es ist gerade jetzt mehr denn je notwendig, daß Sie Anregungen geben, damit diese Aufgabe des Aufgehens Preußens in das Reich gelöst wird. Ihre Arbeit und Aufgabe ist nicht erloschen, sondern ich möchte sagen: Sie ist umfassender und von größerer Bedeutung geworden, weil sie sich nicht mehr allein auf einen lokalen Begriff eines Staatsgebildes einstellt, sondern darüber hinaus auf den höheren Begriff „Deutschland“. Diese Aufgabe werden wir erfüllen müssen.

In der Zwischenzeit muß Preußen genau so sauber verwaltet werden, wie in diesen eineinhalb Jahren. In diesem Jahrzehnt der Umgestaltung darf es keine Lücke, keine Hohlräume geben, denn das wäre schädlich für die weitere Gestaltung.

Daß die Staatsmaschine tadellos weiterläuft und daß sie eines Tages, ohne daß man es richtig merkt, die Maschine des Reiches wird, das ist die Aufgabe der Staatsregierung, an deren Lösung aber auch Sie mitzuwirken haben.

Ich weiß, daß eine der Fragen, die am meisten Beunruhigung verursacht haben, die ist, wie die Reichsgaue künftig abgegrenzt werden sollen. Ich glaube, hier sehr vorsichtig zwei Dinge feststellen zu müssen: Erstens haben wir in Preußen Provinzen, von denen ein Teil bereits die natürliche, künftige Gestalt eines Gaues haben dürfte. Kein Mensch wird sich darüber im unklaren sein, wie der Reichsgau „Ostpreußen“ aussehen wird. Ich glaube, daß es auch keine Schwierigkeiten machen wird, den Reichsgau „Kurmärk“ festzustellen, ebenso wird man sich über den Reichsgau „Pommern“ mehr oder minder klar sein. Auch Schlesien wird kein allzu großes Hindernis sein. Dann allerdings werden die Dinge schwieriger. Das ist das eine, was ich hier feststellen möchte. In großen Zügen wird man sich selbstverständlich bei der Schaffung der Reichsgaue an die bereits vorhandenen Provinzgrenzen halten.

Zum zweiten empfehle ich, soweit es sich um die Grenzen der künftigen Reichsgaue handelt, jede Anregung fallen zu lassen und sich hier auf den Standpunkt zu stellen, daß keiner es besser wissen kann und wissen wird als der Führer, und daß Adolf Hitler diese Grenzen ganz allein nach den Vorschlägen gestalten wird, die ihm die hierzu ausersehenen Ressorts zu unterbreiten haben.

Das wird die notwendige Ruhe schaffen. Der Führer wird keine Rücksicht auf Personen walten lassen, er wird auch keinen lokalen Gesichtspunkt gelten lassen, der Führer läßt sich nur von Gedanken leiten, die auf das große Ganze hin-

zielen. Wenn er also eine territoriale Staatseinteilung gestalten wird, so wird bei ihm nur das eine gewaltige Interesse vorliegen, daß diese Konstruktion Jahrhunderte und ein Jahrtausend überdauern soll und muß.

Im übrigen lasse ich keinen Zweifel darüber, daß ich, soweit ich in dieser Frage etwas tun kann und den Führer unterrichten darf, immer dafür eintreten werde, daß durch die neuen Reichsgaue niemals die Voraussetzungen geschaffen werden dürfen, daß dereinst aus Gaue wieder „Länder“ werden, die die Reichseinheit zu sprengen drohen, und daß ich in einer allzu starken stammlichen Abgrenzung den ersten Keim zur Zersplitterung sehen würde.

Wenn wir den Ländern etwas anrechnen — das hat der Führer immer wieder betont —, so ist es das, daß sie aus dynastischen Interessen die Stämme gemischt und dadurch die Voraussetzungen geschaffen haben, daß wir heute ein Reich bilden können. Die Konstruktion und Organisation der Gaue muß ferner so sein, daß sie, unabhängig von allen Möglichkeiten der künftigen Entwicklung, den Zusammenhang des Reiches unverbrüchlich gewährleisten.

Die zweite Frage betrifft die Aufgabenverteilung zwischen dem Reich und den künftigen Gaue. Sie steht selbstverständlich mit den territorialen Neueinteilungen im engsten Zusammenhang und bildet die schwierigste, zugleich aber auch die wichtigste Frage des Reichsneubaues. Das Reich muß eine souveräne Stellung haben und alle die Befugnisse bekommen, die es für ein machtvolles Auftreten nach innen und außen braucht. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, bin ich selbstverständlich dafür, die Gaue möglichst lebendig und mannigfaltig auszugestalten und die Verantwortung möglichst reichlich auf die Schultern der Gaustatthalter zu legen, so daß sie ein wirklich großes Arbeitsgebiet zu betreuen haben. Wir werden uns also vor einer übermäßigen Zentralisierung hüten müssen.

Das deutsche Volk ist bekanntlich für solche Zentralisierung nicht zu haben, sie paßt nicht für das deutsche Volk. Überall da also, wo es ohne Gefahr für die Reichseinheit geschehen kann, wird man dem Gau eine gewisse Selbständigkeit zu geben haben. Überall da aber, wo das machtvolle Auftreten nach innen und außen die Einheit voraussetzt, wird das Reich die Aufgaben in eigener Regie haben müssen. Im übrigen wird bei der Aufgabenverteilung zwischen Reich und Gauen die finanzielle Kraft der künftigen Gaue in Betracht zu ziehen sein. Der Finanzminister beabsichtigt, in dieser Richtung noch Ausführungen zu machen, die an Hand von Zahlenmaterial beweisen, daß es heute nicht eine preussische Provinz gibt, die finanziell für sich allein selbständig bestehen könnte.

Die Schaffung der neuen Reichsgaue ist also untrennbar mit dem Finanzausgleich verbunden, und daraus ergibt sich schon die ganze klare Stellung des Reiches, das hier die Verfügungsgewalt haben muß.

Sie können versichert sein, daß ich als preussischer Ministerpräsident, den die Reichsreform am stärksten angeht und von allen Ländern am stärksten betrifft, diesen Zusammenhängen dauernd ein besonderes Interesse widmen werde, und daß sich die gesamte Staatsregierung bei allen ihren Amtshandlungen stets von der gebotenen Rücksichtnahme auf die künftige Fortentwicklung der Reichsreform und die künftige Fortentwicklung Deutschlands zum vollendeten Einheitsstaat leiten lassen wird. So bitte ich, auch die Aufgabe und die Arbeit des Staatsrates für die Zukunft aufzufassen.

Neben der territorialen Neugliederung und der Aufgabenverteilung ist schließlich von ungeheurer Wichtigkeit für die Reichserneuerung die künftige Festlegung der Aufgabe, die die Bewegung an Volk und Staat zu erfüllen hat. In diesen Fragen hat aber allein der Führer das entscheidende Wort zu sprechen, in dessen eiserner Faust alle Fäden zusammenlaufen müssen und zusammenlaufen. Er hat die oberste Leitung, die

oberste Führung der gesamten Reichserneuerung, und das ist sein ureigenster Gedanke gewesen, jetzt endlich zum einheitlichen Reich zu kommen. Dafür hat er eineinhalb Jahrzehnte gekämpft. Dafür hat er die Voraussetzungen geschaffen, dazu hat er aus einem zerrissenen Volk auch die Einheit der Nation geschaffen. Hier wird Preußen ihm helfen und seine Pflicht tun, wie er es uns aufgetragen hat.

Ich möchte aber meine Ausführungen nicht schließen, ohne wenigstens einige allgemeine politische Fragen noch kurz zu streifen.

Ich komme hier zu einem sehr, sagen wir einmal wichtigen und vielleicht auch peinlichen Punkt. Ich höre so oft: Ja, die Stimmung läßt nach, Unzufriedenheit flackert hier und dort auf. Wenn man nun den Dingen nachgeht, so wird man erkennen müssen, daß zweifelsohne manchmal Grund zu einer Unzufriedenheit vorhanden ist. Das aber sind letzten Endes Einzelfälle, auch wenn sie da und dort als eine typische Erscheinung auftreten. Schlimmer ist jene symptomatische Unzufriedenheit, die an allem kritteln will. Wir müssen doch bedenken: Eineinhalb Jahre liegen jetzt seit unserer Machtergreifung zurück. Das erste, was wir damals erlebten, war das gewaltige impulsive Gefühl der Befreiung, das Aufatmen von einer Last, die man jahrzehntelang getragen hat, ein Erwachen aus der Nacht und das Blicken in das hereinstrahlende Licht. Der Arbeiter sah, daß er nicht mehr ausgestoßen, sondern daß er wieder ein Glied in der Familie Deutschlands darstellt, daß alles Trennende gefallen war. Das war ein Schwung, eine Begeisterung. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist auch, daß eine solche Begeisterung nicht alltäglich sein kann.

Hochstimmungen sollen sich an gewisse Zeiten halten. Dann klingen sie ab, und dann kommen sie wieder. Daß sie immer wieder kommen, dafür müssen wir uns einsetzen.

Wir müssen dafür sorgen, daß der Kontakt mit dem Volke

nicht verlorengelht, d. h. wir dürfen nicht nur vor das Volk in Versammlungen treten, wenn wir es brauchen, wenn es abstimmen soll, wenn es Wahlen machen soll, sondern das Volk muß uns auch so immer wieder sehen und den Kontakt fühlen. Ich glaube, daß es sich nicht darum handeln wird und handeln darf, in überfüllten Massenversammlungen, wo ununterbrochen auch schon durch die Macht jenes zündenden Funkens der Begeisterung die Hochstimmung erzeugt wird, zu arbeiten, sondern ich glaube, daß es zweckmäßig sein wird, daß die Führer des Volkes und der Bewegung heute und in Zukunft nicht nur Versammlungen abhalten, sondern daß sie unerwartet da und dorthin kommen und sich sehen lassen, daß sie hier und dort nach den Sorgen und Bedürfnissen fragen. Das, glaube ich, ist notwendig, damit das Volk fühlt, daß wir für es sorgen. Auf der anderen Seite wollen wir alle Arbeit daransetzen, Ursachen zu berechtigter Unzufriedenheit zu beheben.

Wir müssen wirklich unerbittlich gegen jene Menschen vorgehen, die sich nun einmal mit diesem neuen Staat nicht abfinden können und die glauben, in ewiger Kritik, Mörgelei und Meckerei die Grundlagen des Staates langsam, aber sicher erschüttern zu können.

Wer hat überhaupt das Recht auf Kritik?

Nach meiner Auffassung der, der jederzeit fähig ist und zugleich bereit ist, das, was er kritisiert, zum mindesten besser machen zu können als der andere. Wenn man uns heute vorwerfen will, daß wir ein Jahrzehnt lang in der Opposition alles kritisiert haben, so wollen wir ihnen sagen: jawohl, wir haben kritisiert, wir sind aber auch jeden Tag bereit gewesen, an die Spitze zu treten und zu beweisen, daß wir das, was wir kritisieren, wenigstens besser machen wollen. Im übrigen sehe ich nur eine Gefahr, die uns am Aufbau des gewaltigen Gebäudes, das wir errichten wollen, stören könnte, ganz gleich, ob es sich um das Rechtsgebiet, um das kulturelle Gebiet, um

die Verwaltung handelt: Die heißt Mangel an Vertrauen. Wird das Vertrauen angefressen, dann ist nicht nur die Plattform erschüttert, auf der wir bauen. Dann stürzt alles zusammen.

Alles können wir ertragen, wir können in schwersten Zeiten wieder heruntersteigen, wir können wieder auf lichte Höhen hinaufkommen, aber unerschütterlich muß das Vertrauen des Volkes festgehalten werden.

Das haben wir in zu schwerem Kampf erobert, an diesem kostbaren Gut klebt zu viel edles Blut, als daß wir es jetzt leichtsinnig preisgeben dürften.

Nun ein Wort zur Kirchenfrage. Wenn jemals der Grundsatz des großen Friedrich gegolten hat, es möge jeder nach seiner Façon selig werden, so soll er jetzt gelten. Adolf Hitler, unser Führer, und wir alten Nationalsozialisten wissen alle das eine, daß wir keinen wegen seines Glaubens antasten werden. Andererseits aber kann es dem Staate nicht ganz gleichgültig sein, was auf diesem Gebiet vor sich geht.

Es ist die Frage, ob die Kirche wieder zu ihrer Aufgabe zurückfinden wird, eine staatserkhaltende Einrichtung zu sein, oder ob sie sich noch länger zu einer Brutstätte der Kritik, der Unzufriedenheit, der Nörgerei hergibt. Der nationalsozialistische Staat hat eines geschaffen, nämlich bei der evangelischen Kirche angesichts der Notwendigkeit der Reichserneuerung auch die Voraussetzungen für eine neue Reichskirche. Der Staat hat wohlweislich abgesehen, selbst in die Dinge einzugreifen. Nachdem er die Norm festgestellt hat, hat er es der Kirche überlassen, innerhalb dieser Norm ihr Eigenleben zu führen und zu einer gewissen Einheit zu kommen. Aber nicht nur für Preußen, sondern im Namen aller nationalsozialistischen Staatsführer und vor allem des Führers glaube ich sprechen zu dürfen, wenn ich feststelle, daß es uns niemals in den Sinn gekommen ist, etwa die lutherische oder das reformierte oder das uniierte Bekenntnis hervorzuheben oder zur

Unterdrückung der anderen zu benutzen. Für den Staat ist es ganz gleichgültig, wozu sich der einzelne bekennt. Der Staat wird diese Bekenntnisse an sich schützen. Und wenn es in der preußischen Landeskirche bisher Reformierte, Uniierte und Lutheraner gab, dann muß ich feststellen, daß alle diese drei Bekenntnisse auch in der neuen Reichskirche unter allen Umständen gesichert sind, und daß der Staat niemals dulden wird, daß irgendeines dieser Bekenntnisse nicht als gleichwertig dem Staat gegenübersteht. Auf der anderen Seite aber möchte ich an dieser Stelle die Geistlichen innerhalb der preußischen Landeskirche sehr ernst mahnen, endlich zum Abschluß ihres Streites zu kommen, weil dieser Streit dazu beiträgt, Deutschland, das bisher als führendes evangelisches Land gegolten hat, von dem die Ideen und Gedanken eines Luther in die Welt geströmt sind, dieser Führung der evangelischen Kirche zu berauben. Wir verlangen, daß endlich Ruhe und Zufriedenheit auf diesem Gebiete eintritt, daß man nicht länger auf dem Rücken des Kirchenvolkes die Streitigkeiten innerhalb der preußischen Landeskirche austoben läßt.

Nun zum Schluß noch ein kurzes Wort zur Außenpolitik.

Hier, glaube ich, hat unser Führer ein Meisterwerk nach dem anderen geschaffen. Wenn heute gesagt wird, dieses oder jenes sei Schuld daran, daß das Ausland uns boykottiert — ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß das Ausland irgendeinen Grund oder irgendeine Veranlassung hätte, nur weil das Dritte Reich entstanden ist, nun dafür zu sorgen, daß dieses Dritte Reich wirtschaftlich blühe und gedeihe? Wir haben erst jetzt wieder zwei Etappen durchschritten: Die Befriedung mit Polen und die einzigartige, erfolgreiche Aussprache des Führers in Venedig, die hoffentlich zur glorreichen Zusammenarbeit dieser beiden Völker führen wird.

So sehe ich also in der Außenpolitik ebenfalls eine sehr günstige Vorwärtswicklung. Wir werden also nicht ruhig stehenbleiben, sondern unsere Arbeit tun und uns durch nichts

davon abhalten lassen, die Voraussetzungen zu schaffen, die Freiheit und die Ehre zu sichern. Dann werden wir auch diese Schwierigkeiten überwinden. Hält man sich das vor Augen, dann kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zu ernster Unzufriedenheit, außer örtlichen und lokalen, kein Grund vorhanden ist. Die Anwendung neuer, vielleicht noch radikalerer revolutionärer Methoden würde schwerlich eine Besserung bringen.

Nicht an uns liegt es, festzustellen, ob eine zweite Revolution notwendig ist. Die erste Revolution war vom Führer befohlen und ist vom Führer beendet worden. Wünscht der Führer die zweite Revolution, dann stehen wir, wenn er es will, morgen auf der Straße. Wünscht er sie nicht, werden wir jeden unterdrücken, der gegen den Willen des Führers eine solche machen will.

Das ist die Auffassung, die jeder als seine eigene festzulegen hat. Über Dinge, die das ganze Staatsgefüge in seinen Grundfesten berührt, darf nur der Führer das letzte Wort sprechen. Ich möchte dabei aber eines betonen: Ebenso sehr, wie wir ohne den Führer niemals wagen können, einen revolutionären Akt vorzunehmen, so möchte ich auf der anderen Seite keinen Zweifel darüber lassen, daß wir sehr darüber wachen, aufpassen und nicht dulden werden, daß das, was wir uns in dieser Revolution erkämpft haben, hinterrücks irgendwie in den unteren Behörden durch Verordnungen oder Auslegung von Gesetzen abgedreht wird. Hier könnte manchmal Anlaß zu einer Sabotage gegeben sein, und es wird an ihnen liegen, dieser Sabotage rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Sehr oft tritt die Frage an uns heran, was unter echtem Nationalsozialismus zu verstehen sei. Ich möchte Ihnen da wörtlich den Satz wiederholen, den der Führer auf dem Kongreß der Arbeitsfront gesprochen hat: „Nichts anderes, als daß zur Erhaltung unserer Gemeinschaft auf jedem Platz unseres Lebens die höchsten Fähigkeiten ausschließlich und

autoritär zum Einsatz gebracht werden.“ Dieser Satz ist fundamental. Er ist durch die Autorität des Führers, der uns die Idee ja erst geschenkt hat, eindeutig und endgültig festgelegt. Es kommt also jetzt darauf an, daß jeder sich unablässig bemüht, in diesem Sinne für die Gemeinschaft des deutschen Volkes und Staates die höchsten und besten Leistungen zu vollbringen. Hierzu gehört auch die Zurückstellung aller Sonderwünsche. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß an alle Parteifunktionäre und Staatsbeamten die höchsten Ansprüche zu stellen sind, und daß von ihnen erwartet werden muß, daß sie ihre öffentlichen Funktionen so verrichten, daß sie dem ganzen Volke ein Beispiel geben.

Wenn wir nach diesen Grundsätzen verfahren, dann wird es uns gelingen, den Staatsfeind, den wir zu Boden gezwungen haben, auch am Boden zu halten. Verschwinden wird er bis auf weiteres noch nicht. Die Gefahr des Kommunismus ist so groß, wie wir sie werden lassen. Es liegt an uns, die Größe dieser Gefahr festzulegen. Wenn wir wollen, wird diese Gefahr nicht mehr vorhanden sein, wenn wir sie nicht achten, wird sie groß werden können. Ich brauche nicht darauf einzugehen, was zur Bekämpfung staatsfeindlicher Untriebe notwendig ist. Durch die Berufung des Reichsführers der **44**, eines alten und bewährten Vorkämpfers der Bewegung, an die Spitze des Geheimen Staatspolizeiamtes ist schon die Richtlinie gegeben.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Der nationalsozialistische Staat — besser gesagt: die nationalsozialistische Bewegung im Volke ist nach wie vor auf der ganzen Linie im Vormarsch. Gewaltiges ist vollbracht worden. Gewaltiges gilt es noch zu vollbringen. Die Aufgabe Preußens ist klar vorgezeichnet. Ich habe sie in meinen Ausführungen festgelegt und bitte Sie, sie als Richtschnur und Kompaß zu betrachten. Wenn wir das tun, dann werden wir unser letztes Ziel erreichen, und mehr als seine ganze Kraft einsetzen kann kein

Mensch. Das soll unser Gelöbnis sein, und wir wollen auch diese Staatsratstagung beginnen, indem wir des Mannes gedenken, dem wir alle verpflichtet sind, der uns all das geschaffen hat, ohne den wir nicht wären, ohne den kein neues Deutschland hätte entstehen können, in dessen starker Faust das Schickfal des Volkes und der Nation liegt.

Unserem Führer, des Deutschen Reiches Kanzler, ein dreifaches Sieg-Heil!